



Interfoto / Günter Höhne

# Der gebrauchte Lieferwagen

Ein Auto anzuschaffen war für DDR-Bürger kein leichtes Unterfangen – auch wenn er oder sie es beruflich brauchte. Mischte dann noch der Amtsschimmel mit, konnte der Vorgang leicht im Desaster enden.

Während sich Erich Honecker in den außenpolitischen Erfolgen sonnte, die ihn 1987 bis auf den roten Teppich zum Staatsbesuch in Bonn trugen, erfuhren die Bürger der DDR die Zustände im eigenen Land als immer desolater. Demokratisierungsprozesse, in den 70er Jahren versprochen, waren uneingelöst geblieben. Die Führungsriege der DDR wirkte wie eingefroren: reformunfähig und nur auf Machterhalt fixiert. Zu spüren bekamen die Bürger dies im rapiden Ausbau des Apparats des Ministeriums für Staatssicherheit. Innerlich hatten sich die meisten von ihrem Staat verabschiedet und, wo immer es ging, ihre Nische gesucht.

Versorgungsprobleme prägten den Alltag. Beschaffungstouren der Werktätigen – meist während der Arbeitszeit – ließen die Produktivität der Volkswirtschaft stetig weiter sinken. Auch technologisch hatte die DDR den Anschluss verpasst. Auf der Höhe der Zeit waren nur Importwaren – von japanischen Videorekordern (zum Preis von 8000 Mark!) über PKW ausländischer Produktion (VW, Citroën) bis zu den Angeboten der Intershops-Läden. Da für das Regime jedoch die Devisenbeschaffung im Vordergrund stand, um den drohenden



Fotos (2): kwef – kultur- und werbegeschichtliche Agentur in Freiburg

Staatsbankrott abzuwenden, waren Waren aus dem Westen kontingentierte – und genossen zwangsläufig kultische Verehrung.

Selbst die offiziellen Verlautbarungen zeigten nur noch wenig Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des eigenen Gesellschaftssystems. Vom „Sieg des Sozialismus“ war schon lange keine Rede mehr, ebenso wenig vom „Weltniveau“, das die DDR-Wirtschaft einst hatte erreichen wollen. Doch erst nach der Wende sollte sich her-

Links: Kühlschrank des VEB Deutsche Kühl- und Kraftanlagen (um 1980), daneben: Handwerker mit Lieferwagen vom Typ Barkas.

ausstellen, wie marode die DDR-Wirtschaft war. Der „real existierende Sozialismus“, den jeder Bürger in festgeschriebenen Preisen für die Dinge des täglichen Bedarfs erfuhr, verschlang Milliarden an Subventionen und ließ keinen Spielraum mehr für Investitionen.

Vor diesem Hintergrund spielt die folgende Geschichte, die über den

ökonomischen wie sozialpsychologischen Zustand der DDR in ihrer Endphase viel erzählt. Sie illustriert den fast schon absurden Leerlauf aller Staatsorgane ebenso wie deren Arroganz. Und auf der anderen Seite: der aussichtslose Kampf der Betroffenen gegen den Apparat, ihre Wut, Verbitterung, schließlich ihre Resignation.

### Meister L. und der Antrag

20. August 1985. Meister L. aus Schleiz stellt einen „Antrag auf Lieferung eines Gebrauchtlieferwagens vom Typ Barkas B 1000 zur Aufrechterhaltung der Dienstleistungen und Reparaturen an Haushaltskühlschränken für die Bevölkerung“. Mit seinem alten Wartburg 311, Baujahr 1959, könne er die an ihn gestellten Aufgaben kaum noch erfüllen, „da der Wagen sehr oft ausfällt und keine Reparatur-Werkstatt ihn mehr reparieren will“. Vorausgegangen ist ein Gespräch mit dem ebenfalls als Elektrofachmann tätigen Kollegen H. aus dem Nachbarort Hirschberg, der bereit ist, seinen bereits eingereichten Antrag auf Bereitstellung eines Fahrzeugs zurückzustellen.

Als sich Anfang 1986 noch immer nichts tut, sucht Meister L. Unterstützung beim Bezirksdirektor des Volkseigenen Betriebs (VEB) Haushaltgeräteservice Bezirksdirektion Gera. Der befürwortet den Antrag und legt die Dringlichkeit in einem Brief an ein Mitglied des Rats des Kreises Schleiz für ÖVW (Örtliche Versorgungswirtschaft) dar. Dieses wendet sich im April an die übergeordnete Stelle der ÖVW zwecks „Bereitstellung eines Kleintransporters B 1000“ bei gleichzeitiger Zurückstellung des Antrags der Konkurrenzfirma H.

Zwei Monate vergehen. Am 23. Juli 1986, fast ein Jahr nach seinem Antrag, wendet sich Meister L. in seiner Not an den Staatsrat der DDR und bittet „um entsprechende Unterstützung bei der Bereitstellung eines Fahrzeugs“. Er erhält zur Antwort, dass man mit dem Rat des Bezirkes Gera Kontakt aufgenommen habe und er von dort weiteren Bescheid abwarten möge. Ein weiterer Monat vergeht. Dann hakt Meister L. beim Staatsrat nach: In Gera habe man ihm auf telefonische Nachfrage lediglich mitgeteilt, „dass mit einer Bear-

beitung nicht vor dem 22. August 1986 begonnen“ werden könne; außerdem müsse man Rücksprache mit der ÖVW des Rats des Kreises Schleiz nehmen. Antwort des Staatsrats: Man habe sich „umgehend mit dem Rat des Bezirkes Gera in Verbindung gesetzt und um eine abschließende Prüfung des Anliegens gebeten“.

Kenntnis genommen. Da Anträge auf Bereitstellung von Nutzfahrzeugen nur durch die zuständigen örtlichen Staatsorgane geprüft und entschieden werden können, bitten wir um Verständnis, dass wir uns wiederum mit dem Vertreter des Rates des Bezirkes für Verkehrs- und Nachrichtenwesen in Verbindung gesetzt und um sachli-

## BARKAS B1000



*Unerreichbar für Meister L.: Aufnahme eines Barkas B 1000 aus einem Prospekt des Herstellers.*

Von dort erhält Meister L. am 6. Oktober Bescheid. Die Eingabe sei „unmittelbar nach Erhalt zur Prüfung des Sachverhaltes und zur möglichen Einordnung dem Mitglied des Rates für Örtliche Versorgungswirtschaft übergeben“ worden. „Von dort“, so der Sachbearbeiter, sei in Erfahrung gebracht worden, „dass der für das Jahr 1986 für den Kreis Schleiz vorgesehene Kleintransporter B 1000 bereits durch den Rat des Kreises Schleiz vergeben war“. Im Übrigen hätten die „umfangreichen Rücksprachen zur Bearbeitung der Angelegenheit über Gebühr Zeit in Anspruch genommen, so dass die gesetzliche Bearbeitungszeit überschritten“ sei.

In seiner Verzweiflung übergibt Meister L. die Sache an seinen studierten Sohn. Dieser wendet sich wieder an den Staatsrat der DDR und schildert den Fall unter Beifügung des bisherigen Briefverkehrs. Am 17. November erhält er zur Antwort: „Ihre Eingabe wurde aufmerksam zur

che Prüfung der von ihnen gegebenen Hinweise gebeten haben.“

Immerhin scheint die erneute Eingabe auf der Ebene des Bezirkes nun Wirkung zu zeigen. Man beraumt eine Beratung an. Um das Beschaffungsproblem zu lösen, werden vier Punkte festgeschrieben: die „Rangfolge des Bezuges eines Gebrauchtlieferwagens B 1000“, sodann die erklärte Absicht der „Abt. ÖVW beim Rat des Kreises, die Abt. ÖVW beim Rat des Bezirkes über die Bereitstellung eines Bilanzanteiles für den Bezug eines neuen B 1000“ zu ersuchen, ferner das Bemühen der Firma L., „über den Maschinenhandel Gera einen geeigneten Lieferwagen bis zur Bereitstellung eines B 1000 zu erhalten“ und schließlich die Zusicherung, dass „die Abt. Verkehrs- und Nachrichtenwesen beim Rat des Bezirkes Einfluss auf den Maschinenbauhandel“ nehmen werde, „damit die Bereitstellung eines geeigneten Fahrzeuges im Sinne der Aufrechterhaltung der Firma L... möglichst kurzfristig erfolgt“.

Auch diese Vereinbarung bewirkt nichts. Am 22. März 1987 schickt L.'s

Sohn sie in Kopie an den Staatsrat der DDR. Sein Brief endet in der sarkastischen Bemerkung: „Da es also nicht möglich ist, meinem Vater zu helfen, könnte ich mich vielleicht anbieten, einen Reisepass mit Visum für ein Jahr vorausgesetzt, ein Jahr in der BRD zu arbeiten, um meinem Vater über die GENEX-Geschenkdienst GmbH einen neuen Barkas zu finanzieren.“ Die Antwort des Staatsrats unterscheidet sich nicht von früheren Antworten.

### Die Lage spitzt sich zu

Kurze Zeit später muss der altersschwache Wartburg 311 endgültig verschrottet werden. Nun übernimmt der in Leipzig wohnende Sohn des Elektromeisters die Eingabeführung und setzt den Staatsrat vom „Ableben“ des alten Fahrzeugs in Kenntnis: „Noch am gleichen Tag informierte mein Vater die ÖVW in Schleiz, Maschinen- und Materialreserven in Gera sowie die Abteilung Verkehr des Rates des Kreises Schleiz, inwieweit nun die Möglichkeit der Bereitstellung eines Fahrzeugs gegeben wäre. Ihm wurde mitgeteilt, dass er auf keiner Vergabeliste stünde! Weder die ÖVW noch Maschinen- und Materialreserven sahen sich imstande ihm zu helfen. Im Ergebnis der konzentrierten Inaktivität und Insuffizienz aller staatlicher Stellen in Kreis und Bezirk werden meinem Vater defekte Kühlgeräte seit dem 9. April nach Hause gebracht!“ Der Staatsrat leitete das Schreiben wieder weiter...

Drei Wochen später erhält Meister L. vom Rat des Kreises Gera ein Schreiben außergewöhnlicher Länge: „Durch Ihr Einverständnis mit den getroffenen Festlegungen wurde das für 1986 nicht ausgelieferte Fahrzeug für die Firma H... auf Grund der Einordnung der Rang- und Reihenfolge vom Rat des Kreises Schleiz, Abteilung ÖVW, für das Jahr 1987 vorgesehen und in die Auslieferungsliste für 1987 übernommen. Ich schlage Ihnen vor, sich erneut für das Jahr 1988 an den Rat des Kreises Schleiz, Abteilung ÖVW, mit einem Antrag auf Einordnung in die Dringlichkeitsliste für Gebrauchtfahrzeuge B 1000, zu wenden. Um die Zeit bis zur Bereitstellung eines Gebrauchtfahrzeugs B 1000 zu überbrücken und damit Ih-



*Gefertigt wurde, aber zu wenig, um dem Bedarf gerecht zu werden: Montage des Barkas B1000 in Karl-Marx-Stadt (1974).*

ren versorgungspolitischen Aufgaben gerecht zu werden, halte ich es für erforderlich, sich nochmals an den Maschinenbauhandel Gera zu wenden, zwecks Auslieferung eines geeigneten Lieferfahrzeugs, u. a. auch eines PKW-Combi. In dem Ihnen unterbreiteten Verfahrensweg sehe ich die Übergangslösung zur Absicherung Ihres Kundendienstes gegenüber der Bevölkerung.“

Eine Kopie des Schreibens schickt L.'s Sohn an den Staatsrat der DDR. Bissig kommentiert er: „Selbst ist der Mann! Ich bedanke mich im Namen meines Vaters für die hervorragende Unterstützung von staatlicher Seite während der letzten beiden Jahre bei der Lösung dieser äußerst schwierigen Aufgabe.“ Die Antwort aus Berlin: „Die Angelegenheit Ihres Vaters wird in Gera bearbeitet. Wir bitten Sie, von weiteren Schreiben zur gleichen Sache Abstand zu nehmen.“

Mitte Juli 1987 wird Meister L. von der ÖVW Schleiz mitgeteilt, er habe vom Rat des Bezirks eine „vertretbare Lösung bis zum Erhalt eines B 1000 erhalten. Mit Ihrer Haltung als Handwerksmeister gegenüber der Bevölkerung, dass alle Geräte in Ihre Werk-

statt gebracht werden müssen, können wir uns nicht länger einverstanden erklären. Entsprechend Ihrer Beauftragung zur Gewerbe genehmigung stellt Ihre Handlungsweise keine Hausreparaturen durchzuführen einen Verstoß dar. Solche Aussagen wie ‚Ich habe kein Fahrzeug, beschweren Sie sich beim Rat des Kreises!‘ untersage ich Ihnen nachdrücklich.“

Diese Verdrehung des Sachverhalts lässt Meister L. nicht auf sich sitzen: „Im Hinblick auf eine annehmbare Lösung erwarte ich von Ihnen umgehend konkrete und sinnvolle Vorschläge zur Beseitigung des Problems. Weitere Schritte behalte ich mir vor.“ Das Staatsorgan reagiert pikiert: „In Auswertung Ihres Antwortschreibens, das eine Reihe von Unterstellungen und Beschimpfungen der staatlichen Organe enthält, werden nicht Sie sich, sondern wir uns weitere Schritte vorbehalten. Ihre Verantwortung als Handwerksmeister endet nicht mit der Abgabe eines Antrages für einen gebrauchten B 1000, sondern Sie haben zu sichern, dass Ihr Betrieb auf der Grundlage der erteilten Gewerbe genehmigung im Interesse der Bevölkerung funktioniert. Ich teile Ihnen abschließend mit, dass von der Forderung, schnellstens den Hauskundendienst wieder aufzunehmen, keine Abstriche gemacht werden.“



AKG / Gera

## Endergebnis: kaltgestellt

Diese Aufforderung mag Meister L. nicht stehenlassen. Sein Brief habe Tatsachen enthalten. „Wenn die Absicherung der Versorgungsleistung einschließlich der vollen Verantwortlichkeit für die Beschaffung eines Fahrzeugs allein mir obliegt, muss ich ernsthaft fragen, worin eigentlich Ihre Unterstützung ... besteht.“

Darauf schweigt das Staatsorgan, ist aber nicht untätig. Elektromeister F., einst Lehrling von Meister L. und

*Autos in der DDR mussten eine lange Lebensdauer haben – hier ein Trabant bei der technischen Überprüfung in Gera (1979).*

bislang nur im Kreis Lobenstein tätig, erhält am 20. Oktober 1987 die Aufforderung, „das Leistungsvermögen Ihres Betriebes voll auf den Kreis Schleiz zu konzentrieren... Auf Grund Ihrer guten Arbeit und Einsatzbereitschaft im Hauskundendienst erwarte ich von Ihnen mit ganzer Kraft den Forderungen der Bevölkerung des

Kreises Schleiz zu entsprechen... In Ihre Überlegungen ist die Aufgabe einer Presseanzeige zu Anmeldezeiten, Hauskundendienst usw. mit einzubeziehen.“ Kurze Zeit später tauchen tatsächlich entsprechende Inserate in den regionalen Zeitungen auf.

Da auch der VEB Haushaltgeräteservice von der „Umstrukturierungsmaßnahme“ betroffen ist, wendet er sich am 18. November 1987 an Meister L.: „Wir möchten Sie hiermit bitten, uns zu unterrichten, wie durch Ihren Betrieb die Bestimmungen des Garantie- und Kundendienstvertrages derzeit realisiert werden können...“ Meister L. gibt auf und sendet den gesamten Schriftverkehr an den VEB. „Leider sind die durch die ÖVV des Rates des Kreises Schleiz getroffenen Maßnahmen keine echte Verbesserung des Kundendienstes, sondern stellen mehr eine Diskriminierung meiner Person dar. Dies ergibt sich schon daraus, dass man es nicht für nötig hielt, mich vorher von den hinter meinem Rücken getroffenen Vereinbarungen zu informieren. Ich musste es erst aus der Zeitung erfahren.“

In konzertierter Aktion war es den Staatsorganen der DDR gelungen, einen unbequemen Elektromeister kaltzustellen – nicht lange bevor die DDR selbst von ihren Bürgern abgewickelt wurde.

*Dr. Dirk Schindelbeck*